



### Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Sabine SCHWARZ und Dr. Wolfgang ULM, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen)

#### betreffend Verwaltungspersonal für die Wiener Pflichtschulen (Frauenförderungsmaßnahme)

Was in Gymnasien oder berufsbildenden höheren Schulen ein Sekretariat regelt, muss in den Pflichtschulen die Direktion übernehmen. Dazu kommen die anderen Aufgaben, wie die Betreuung von jungen Kollegen, die Kommunikation mit der Jugendwohlfahrt bei schwierigen Schülern oder die pädagogische Entwicklung des Schulstandortes.

Damit der Schulalltag runder läuft, sind mittlerweile an 177 Pflichtschulen in Salzburg bezahlte Assistentinnen angestellt, die die Direktoren bei der Büroarbeit entlasten. Manche von ihnen sind gleich an mehreren Schulen tätig. Schulleiterinnen und -leiter an Pflichtschulen haben nicht nur eine große Verantwortung, sondern vor allem auch viel Verwaltungsarbeit zu erledigen. Um sie im administrativen Bereich zu unterstützen und ihnen damit wieder mehr Zeit für die pädagogische Arbeit und die Eltern zu geben, hat das Land Salzburg gemeinsam mit den Gemeinden vor Jahren ein Projekt zur Verwaltungsunterstützung von Pflichtschulleiterinnen und -leitern initiiert, das sich immer größerer Beliebtheit erfreut.

Die Sekretariatskräfte sind bei der Frau & Arbeit GmbH halbtags angestellt und stehen den Schulen über ein Jahresarbeitszeitmodell während der Schulzeit mit 25 Wochenstunden zur Verfügung. Das Projekt ist auch ein wichtiges Arbeitsmarktpjekt für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen, die nach einer Karenzzeit wieder arbeiten möchten. Die landesweite Verteilung der Stellen in den Bezirken und die familienfreundlichen Arbeits- und Ferienzeiten machen diese Tätigkeit für Frauen sehr attraktiv.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

#### Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige amtsführende Stadträtin Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal auf, dafür zu sorgen, dass die Wiener Pflichtschulen zur Entlastung Schulleiter mit zusätzlichem Verwaltungspersonal ausgestattet werden. Orientieren könnte man sich dabei am Modell des Landes Salzburg. Vermittelt werden könnten die Frauen über das AMS.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal verlangt.

Wien, 25.06.2019